



Politischer Bericht

Das Jahr 2005 stellt Regierung und Bevölkerung Rumäniens auf eine harte Probe

von

Dr. Günter W. Dill / Maria Vasiu

Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung

Bukarest, 24. Februar 2005

Die seit Ende Dezember 2004 amtierende neue rumänische Regierung unter Ministerpräsident Calin Popescu-Tariceanu hat als Nachfolgerin der abgewählten PSD-Regierung nicht nur ein schweres Erbe angetreten; für 2005 steht eine Vielzahl von Entscheidungen an, die der Bevölkerung mehr als nur Verständnis und Geduld abverlangen werden.

So unterschiedliche Dinge wie der Abschluss des EU-Beitrittsvertrags, eine Reform des Arbeitsrechts, Energiekostensteigerungen und „Preisanpassungen“ in vielen anderen Sektoren werden die Akzeptanz der Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei - PD, National Liberaler Partei - PNL, Demokratischer Union der Magyaren in Rumänien - UDMR und Humanistischer Partei - PUR in der Öffentlichkeit auf eine harte Probe stellen, weil den Bürgern – nach einer spürbaren Einkommensteuersenkung zu Jahresbeginn auf 16% – nun ebenso drastische neue Belastungen zugemutet werden (müssen!). Aber auch auf anderen Feldern besteht wegen drohender Auseinandersetzungen kein Anlass zu übertriebenem Optimismus.

Am 28. Dezember 2004, nur wenige Wochen nach dem überraschenden Ausgang der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurde die neue rumänische Regierung unter Premierminister *Tariceanu* mit 256 zu 200 Stimmen im Parlament bestätigt und das Regierungsprogramm 2005 – 2008 gebilligt.

„Stabilität und Offenheit“ sind für *Tariceanu* die strategischen Ziele seiner Regierungsarbeit.

Wichtigste Aufgaben seien

- die Modernisierung des Landes und

Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung / Ausgabe 7 / 24. Feb. 2005

<http://www.kas.de/bukarest>

- die Beschleunigung der Reformen für den EU-Beitritt Rumäniens, ebenso
- die Bekämpfung der Korruption,
- die Unabhängigkeit der Justiz sowie
- die Gewährleistung umfassender Meinungs- und Medienfreiheit

--alles Themen, die in den Brüsseler Beitrittsverhandlungen immer wieder zu harschen Kritiken an Rumänien geführt hatten.

Das Regierungsprogramm stellt aber noch weitere tiefgreifende Reformen in Aussicht:

- im Erziehungswesen,
- bei der Sanierung des maroden Gesundheitssystems,
- aber auch bei der Landesverteidigung durch die für 2007 vorgesehene Abschaffung der Militärdienstpflicht.

Eine Stärkung der Gewerkschaften, regelmäßige Konsultationen der Zivilgesellschaft und der NGOs, volle Rückerstattung des unter kommunistischer Herrschaft konfiszierten Eigentums sowie Reduzierung der Eingriffe des Staates in die Wirtschaft sind weitere Zielsetzungen mit hoher Priorität.

Systematisch sollen in den kommenden Jahren die wettbewerbsfähigen Betriebe im Lande gestärkt werden (was die Aufgabe unrentabler Produktionen zwangsläufig mit sich bringen wird). Die industriellen Wachstumsziele liegen bei etwa 5,1 % p.a., im Agrarbereich bei 2,6%.

„2005 ist ein entscheidendes Jahr in der rumänischen Geschichte; zusammen mit 2006 wird das die Periode der schnellsten und tiefgreifendsten Modernisierung unseres Landes sein“. Mit diesen Worten leitete *Mihai-Razvan Ungureanu*, Rumäniens neuer (parteiloser) Außenminister, auf seiner ersten Pressekonferenz seine Skizze der *Eckpfeiler der künftigen rumänischen Außenpolitik* ein:

- Konsolidierung der NATO-Mitgliedschaft,
- Forcierung des EU-Beitritts 2007
- Stärkung der rumänischen Interessensphäre im Osten
- Intensivierung der Beziehungen zur Republik Moldau
- Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen zur Ukraine und zu den Kaukasus-Republiken
- Profilierung Rumäniens als regionaler Stabilisierungsfaktor.

In der EU-Beitrittsfrage ist der Regierung durchaus bewusst, dass mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags noch keineswegs das Ende der Integrationsbemühungen Rumäniens erreicht ist; man weiß sehr wohl, dass Brüssel vorsichtig genug war, eine Safeguard-Klausel einzubauen, die eine Verschiebung des rumänischen Beitritts um ein Jahr erlauben würde, sollten keine befriedigenden Ergebnisse in den 3 heiklen Bereichen erreicht werden: Sicherung eines Wettbewerbsrahmens, Verwaltungsreform sowie Entpolitisierung bzw. Unabhängigkeit der Justiz. Dennoch hält *Leonard Orban* als neuer rumänischer Chef-Unterhändler den 1. Januar 2007 als EU-Beitrittsdatum für ein realistisches Ziel.

Bemerkenswert selbstbewusst entwickelte Außenminister *Ungureanu* auch seine Vorstellungen von einer durchaus eigenständigen Rolle Rumäniens in der Schwarzmeerregion: als „kalkulierbare Demokratie“ sei das Land auch ein Modell für die

Nachbarn und darüber hinaus auch ein regionaler Stabilitätsfaktor. Im Stabilitätsdreieck Türkei – Bulgarien – Rumänien werde dies auch den Alliierten des Landes von großem Nutzen sein. Auch die Gespräche Präsident *Basescus* in London und bei der NATO-Tagung in Brüssel haben das Thema der Rolle Rumäniens für die geopolitisch bedeutsame Schwarzmeerregion immer wieder in den Vordergrund der Diskussionen gerückt.

Traian Basescu hat in den ersten Wochen seiner Präsidentschaft eine ganze Reihe von Auslandsreisen zu den östlichen Nachbarn unternommen, u.a. in die Ukraine, in die Republik Moldau und nach Russland. Darin ist sicher weniger eine Neuakzentuierung der rumänischen Außenpolitik zu sehen, sondern eher die Bekräftigung der Interessen des NATO- und künftigen EU- Mitglieds an gutnachbarlichen Beziehungen zu den östlichen Anrainerstaaten.

In Russland blieb Strittiges (so u.a. die Folgen des deutsch-sowjetischen Paktes von 1939) außen vor; vielmehr lagen die Akzente auf Kooperation insbesondere im Bereich der Wirtschaft. Hier gewinnt vor allem das rumänische Interesse an einer Wahrung des russischen Marktes für sonst vergleichsweise wenig konkurrenzfähige rumänische Unternehmen zunehmend an Gewicht.

Per saldo könnte man eigentlich der neuen rumänischen Regierung im Hinblick auf ihre innen- und außenpolitischen Vorhaben vergleichsweise günstige Startbedingungen attestieren, wofür auch einige weitere Indikatoren sprechen:

- 1) Rumäniens überaus rasch wachsende Wirtschaft *mit jährlichen Zuwachsraten von 5 %* und mehr ziehen auch immer mehr ausländische Investoren an. Freilich sind die ausländischen Direktinvestitionen pro Kopf noch vergleichsweise niedrig, so dass Rumänien auch 2004 unter 15 MOE/SOE- Ländern noch auf dem 11. Platz rangierte (US-\$70 p.c.). Allerdings sind die Zuwachsraten beachtlich, so dass die Zielprojektion der rumänischen Nationalbank für 2005 von einer FDI- Zunahme von 2,3 Mrd. Euro ausgeht, nachdem u.a. große Privatisierungen 2004 eine Zunahme um 3 Mrd. Euro erbrachten. Branchenspezifisch verzeichnete der gesamte Kfz-Bereich (einschl. Zulieferindustrien) besonders hohe Zuwachszahlen (so hat etwa der Absatz privater Neu-Pkws in den ersten elf Monaten 2004 um 35% zuge nommen)¹.
- 2) Anfang 2005 lag die Inflationsrate bei 9,3%, also nur knapp über den 2004 prognostizierten 9%. Zielprojektion der Nationalbank ist eine weitere Abwärtsbewegung der Inflation auf erhoffte 3% für den Zeitraum 2007-2009.
- 3) Die registrierte Arbeitslosigkeit bleibt etwa konstant bei durchschnittlich 6%, allerdings mit signifikanten Abweichungen mit Blick auf des West-Ost-Entwicklungsgefälle (weniger im Banat und in Siebenbürgen, erheblich mehr im strukturschwachen Osten und Süden).

Schwer kalkulierbar sind freilich die *Entwicklungen am Devisenmarkt*. Fest steht, dass die rumänische Währung Leu (ROL) seit einigen Monaten erheblich aufgewertet worden ist: allein seit dem 1. Januar 2005 um gut 10%. Die täglichen Kursausschläge um bis zu 1000-2000 Lei sowie Stützungskäufe des Euro durch die rumänische Nationalbank haben natürlich ihre Rückwirkungen auf die Wirtschaft (negative vor allem für die Exporteure).

Die wachsende Aufmerksamkeit der Medien, die die rumänische Währung schon weltweit in die Spitzengruppe attraktiver Währungen katapultiert haben (beispielsweise an 3. Stelle

¹ Ganz außergewöhnlich ist auch der Erfolg der DACIA - Autowerke (zu 99% im Besitz von Renault), die seit der Betriebsübernahme 1999 über 500 Mio. Euro investiert haben und derzeit in den rumänischen Werken rd. 13000 Beschäftigte haben – eine einzigartige Erfolgsstory insbesondere seit der Ergänzung der Modellpalette durch den „LOGAN“ im September 2004

hinter dem polnischen Zloty und dem brasilianischen Real), lassen auch das frei vagabundierende Spekulationskapital wach werden, die sich auf dem rumänischen Devisenmarkt kurzfristig saftige Gewinne versprechen.

Aber nicht nur von dieser Seite droht der mit viel Reformeifer angetretenen rumänischer Regierung Verdruss.

Auch die Erwartungen des Internationalen Währungsfonds - IWF an die Stabilitätsbemühungen sowie die Folgen aus den Beitrittsverhandlungen verursachen erhebliche Schwierigkeiten und Probleme.

So verlangt der IWF beispielsweise:

- *Zurückhaltung bei Einkommenssteigerungen;*
- *eine schrittweise Anhebung der Energiekosten;*
- *die Einführung von neuen Steuern sowie die Erhöhung bereits bestehender Steuern zum Beispiel durch periodische Preisanpassungen für Energie, Erdgas, Bahntarife, Telefon und Postdienste, Trinkwasser und Arzneimitteln;*
- *Freisetzung von Personal aus unproduktiven Branchen (Bergbau, Eisenindustrie, Bahntransport)*
- *Änderung des Arbeitsrechts mit dem Ziel von mehr Flexibilität;*
- *Reduzierung der Steuerrückstände, die hochgerechnet etwa 4% des BIP ausmachen;*
- *drastische Senkungen des Haushaltsdefizits auf 1.5% BIP gegenüber den von der Regierung geplanten 3% und gegenüber dem derzeit tatsächlich existierenden Defizit von ca. 7%.*

Die Erwartungen der EU-Kommission ergeben sich sowohl aus dem *acquis communautaire* wie aus den konkreten Beitrittsverhandlungen:

- *Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Staatsausgaben, was die die Spielregeln in der rumänischen Wirtschaft verändern wird;*
- *Anpassung aber auch an EU-Standards für Umwelt Produktqualität und Verbraucherschutz, was große Investitionen verlangt und per Saldo höhere Preise impliziert, vor allem für Lebensmittel;*
- *Das Budget wird zusätzlich belastet durch höhere Ausgaben für Infrastruktur, Erziehung und Gesundheit sowie die Beiträge zum EU- Haushalt.*

Mit Blick auf den durch die unterschiedlichen Maßnahmen beabsichtigten Strukturwandel von Landwirtschaft und Industrie in Rumänien gerät die Regierung immer stärker unter Druck aller betroffenen Akteure: Gewerkschaften, Arbeitgeber, Bauern, KMUs usw.

Die Regierung muss sich daher zunehmend auseinandersetzen:

- mit kritischen Fragen aus der Bevölkerung („Warum haben wir westliche Preise bei rumänischen Gehältern?“);
- mit der Opposition der Gewerkschaften gegen die Schlechterstellung der Beschäftigten durch die beabsichtigte Reform des Arbeitsrechts;
- sowie mit Medien, die sich kaum der Mühe unterziehen, die Öffentlichkeit differenziert über die realen Ursachen und Wirkungen der Regierungsmaßnahmen zu informieren.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e.V.

Aussenstelle Bukarest

Inhaltlich verantwortlich:

Dr. Günter W. Dill

Design und Umsetzung

Maria Vasiu

Postanschrift:

Str. Sf. Elefterie nr.27,

050524 Bukarest, Sektor 5

Tel: 021-4108235,

Email: office@kas.ro

www.kas.ro